

Bezugsbedingungen nach Anzeigenpreisliste
und in der Morgenausgabe erscheinend
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telephon: Dönhof 292 - 293
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Verlagsabteilung:
Gesellschaft 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telephon: Dönhof 2906-2907

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Münchener Urteil.

Ludendorff freigesprochen. — Hitler, Pöhner, Kriebel, Weber: 5 Jahre Festung, aber nach 6 Monaten Freilassung mit Bewährungsfrist. — Die anderen 1 1/2 Jahre Festung, sofortige Freilassung mit Bewährungsfrist.

München, 1. April. (BE.)

Am 10,5 Uhr verkündete der Vorsitzende des Volksgerichts, Landgerichtsdirektor Reichardt, folgendes Urteil:

Die Angeklagten Hitler, Pöhner, Kriebel, Weber werden wegen gemeinsamen Hochverrats zu

je 5 Jahren Festungshaft

sowie zu einer Geldstrafe von je 200 Goldmark verurteilt. Die erstinstanzliche Untersuchungshaft wird angerechnet: bei Hitler mit 4 Monaten 2 Wochen, bei Weber mit 4 Monaten 3 Wochen, bei Pöhner und Kriebel mit je 2 Monaten 2 Wochen.

Die Angeklagten Röhm, Fric, Brückner, Pernet und Wagner werden wegen Beihilfe zum Hochverrat zu

je einem Jahr, 3 Monaten Festungshaft

und zu einer Geldstrafe von je 100 Goldmark verurteilt. Die erstinstanzliche Untersuchungshaft wird bei Röhm und Fric mit je 4 Monaten 3 Wochen, bei Brückner mit 4 Monaten einer Woche, bei Pernet und Wagner mit je 2 Monaten 3 Wochen angerechnet.

Sämtliche vorgenannten Angeklagten werden zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Angeklagte General

Ludendorff wird freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens werden, soweit er in Frage kommt, der Staatskasse auferlegt.

Die Haftbefehle gegen Fric, Röhm und Brückner werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Angeklagten Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Fric erhalten für den Strafrecht Bewährungsfrist bis zum 1. April 1924.

Den Angeklagten Hitler, Pöhner, Weber und Kriebel wird nach Verbüßung eines Strafteiles von 6 Monaten Festungshaft Bewährungsfrist für den Strafrecht in Aussicht gestellt.

Die Verurteilung sowohl wie der Freispruch erfolgte mit 4 Stimmen.

Nach dem wochenlang andauernden Schmierentypus des Volksgerichtstheaters folgt jetzt ein lahnenjämmerlicher Schluß. Löffow, Seißer und Rahr lassen sich einschuldigen. Sie sind wie meiländ Graf Leicester rechtzeitig verschwunden und werden erst später wieder in der Ordnungszelle auftauchen, die sie zur Heimstatt der Weineidigen und der Putzschisten aus dem ganzen Reiche gemacht hatten. Sie müssen jetzt vor ihren eigenen Jünglingen in die Fremde flüchten, während die Angeklagten ihrer „Straßen“ harren.

Jetzt ist das Urteil verkündet. Und zwar am 1. April, vormittags 10 Uhr. Wenn nicht der heutige Dienstag seit langem dafür festgesetzt worden wäre, würde man versucht sein, die Rechnung über die Strafen zunächst für einen Aprilscherz zu halten. Aber es ist bitterer Ernst damit: die Hauptangeklagten sind zu Festungshaft mit Bewährungsfrist, der Hauptangeklagte aber freigesprochen worden. Die Herrschaften, die seit Wochen Agitationsreden gegen das Reich, die Republik und alle ihre Vertreter halten durften, haben den Ausgang der großen Komödie sicher erwartet. Denn sie ließen sich vorher noch gemeinsam photographieren. Das Bildnis der Helden wird bald auf allen wöllischen Wahlflugblättern zu sehen sein, wie sie auf dem Hof des sogenannten Gerichts ein bischen Konterseien spielen.

Und Ludendorff ist freigesprochen! Zum zweiten Male geht dieser „Hochverräter durch Zufall“ frei aus. Wie beim Rapp-Butsch wird auch diesmal Erich Lindström-Ludendorff daherholzeren können als ein Mann, dem „nichts bewiesen“ ist. Bei seiner Vorliebe für die Juden wird ihm sicher selbst die Erinnerung an jenen Alten auftauchen, der stolz von sich erklärte: „Ich habe 70 Jahre in Ostromo gelebt, um man kann mir nichts beweisen.“

Trotzdem wird Erich Ludendorff von allen Angeklagten sich am ungünstlichsten fühlen. Was das Gericht zur Begründung seines Freispruchs auch sagen mag, die Tatsache allein spricht für sich, daß man ihn, den „größten Deutschen“, wie er sich mit Stolz nennen läßt, frei ausgehen ließ, während alle, die mit ihm putzten, wenigstens der Form nach verurteilt wurden. Wenn er ein Schuldbub wäre, dem nach dem Strafgesetzbuch erst der Nachweis erbracht werden muß, daß er „die zur Erkenntnis der Strafbareit seiner Handlungen erforderliche Einsicht“ besessen habe, oder wenn er mit dem Jagdschein des § 51 ausgerüstet wäre, hätte er nicht anders behandelt werden können, als er durch dies Volksgericht behandelt worden ist. Zweifellos waren die Richter der Meinung, daß ein Mann von der führenden Tätigkeit Luden-

dorffs, der vor Gericht so wirre politische Reden hält, wie er, für seine Handlungen nicht voll verantwortlich sei. Sie haben das nicht offen ausgesprochen, aber die Tatsache, daß sie den jugendlichen Stiefsohn Ludendorffs verurteilten, ihn selbst, den erfahrenen „Schlachtenkenner“, aber frei ausgehen ließen, ist die schärfste Brandmarkung für den Intellekt dieses Helden! Nur unter solchem Gesichtswinkel ist der Freispruch überhaupt juristisch zu begreifen. Denn daß die Richter aus feilscher Besonnenheit etwa vor den nationalsozialistischen Radikalen zum Freispruch gekommen wären, darf man um ihrer selbst willen nicht annehmen. Und daß sie geistige Beschränktheit dieses Nationalhelden nicht gut ins Urteil schreiben können, versteht sich schon mit Rücksicht auf den „Kriegsruhm“ von selber. Also behilft man sich mit juristischen Flohmadereien, die niemandem, nicht einmal die Richter selbst, überzeugen werden.

Daß die übrigen Angeklagten ob der Milde des Urteils herzlich erstaunt sein werden, darf man annehmen. Zwar hört sich das Strafmaß von fünf Jahren für die Hauptverbrecher sehr hart an. Aber nach einem halben Jahre Sommerfrische sollen sie schon — bei Bewährung — Strafausschub erhalten. Sie sehen also bald ihrer Befreiung entgegen und nehmen einstweilen Blumenkörbe und Liebesgaben von ihren Freunden und Freundinnen in Empfang. Ganz wie beim Theater!

Inzwischen hat das deutsche Volk Ursache, sich die Vorgänge und Nachklänge noch einmal sehr ernstlich zu überlegen: Der Kampf gegen die Republik, der Hochverrat ist von den Angeklagten und zahlreichen anderen, die nicht angeklagt waren, eingestandenemahen seit fünf Jahren vorbereitet und geführt worden. Sie haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie ihren ganzen tiefgründigen Haß richten gegen die aus dem militärischen Zusammenbruch erwachsene Republik. Zwar haben sie umfangreiche Gehälter und Pensionen von dieser Republik bezogen und teilweise Nebeneinnahmen in Schweizer Franken von nicht unbeträchtlicher Höhe. Aber sie sind deshalb nicht rot vor Scham geworden, sondern haben ihre bewaffneten Banden gebildet, die ein Schrecken für ganz Bayern wurden, ganz wie die streifenden Völkerscharen nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges. Sie haben — und das ist der Kernpunkt des Ganzen — dieses geschwirdrige Treiben beginen und fortsetzen dürfen unter den Augen und mit freudwilliger Hilfe der bayerischen Regierung. Diese seit den Kapptagen sozialistenreine und „antimargistische“ Regierung ist mit schuldig an dem Verbrechen des Hochverrats, den die Hitler, Pöhner und Ludendorff am 8. November begingen. Sie hat die Hitler-Banden so lange geduldet und mit ihnen als einer gleichberechtigten Macht verhandelt, daß den Putzschisten schließlich selbst der Glaube kommen mußte, sie wären eine wirkliche Macht. So kam es, daß das von allen Republikanern vorausgesehene Ereignis für die Regierungskreise um Rahr und Knilling überraschend hereinbrach, daß erst in der Nacht vom 8. zum 9. November, als Knilling bereits verhaftet war, die Gegenmaßnahmen getroffen wurden, die schließlich den Butsch zusammenbrechen ließen.

Rahr, Löffow und Seißer haben sich den erwarteten Ovationen nach dem Urteilspruch entzogen. Sie sind in sonniger Gestalt entleert. Aber der Trümmerhaufen, den sie durch Duldung und Unterstützung schaffen halfen, bleibt! In ihn hat das Reich, hat das ganze Volk zu tragen. Die Folge dieser Duldung und Unterstützung ist die zerbrochene Reichseinheit, die Bayern sozusagen außerhalb der Reichsgemeinschaft gestellt hat. Die Justizgemeinschaft ist so gut wie aufgehoben. In Bayern wird ein eigenes Recht gesprochen; Reichsrecht gilt nur noch nach Bedarf. Die bayerische Regierung konnte, ohne von dem Sitz des „reichsverderbenden, internationalen Marxismus“ Berlin zur Ordnung gerufen zu werden, deutsche Reichsgesetze außer Kraft setzen. Sie konnte die bayerische Division der Reichswehr zur Weiterei veranlassen, indem sie sie selbst „in Pflicht“ nahm. Kurz, die bayerische Regierung hat den Kampf gegen das Reich mit ebenso verwerflichen Mitteln geführt, wie die Hitler-Ludendorffs, die dem „Generalsstaatskommissar“ das Springen lehren wollte.

Und schließlich darf in diesem Zusammenhange auch der Sünden der Reichsregierung nicht vergessen werden, die in ihrer Hauberstellung auch verharren, als das Feuer in München bereits hinterlos zum Himmel schlug! Hätte die Reichsregierung nur einmal sich zum entscheidenden Zugucken aufgerafft, nur einmal einen Bruchteil der überschüssigen Energie entfaltet, die sie in Sachsen und Thüringen verpulverte, so wäre der nationalsozialistische „Sausfall“ in

München längst ausgeräumt gewesen. Da ihre bürgerlichen Glieder aber stets verlagten und lieber den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung hinnahmen, als gegen Bayern die Reichsautorität zu wahren, so haben sie dadurch selbst zu dem Zusammenbruch beigetragen, der durch den Hittler-Prozess offenbar wurde.

Die Beurteilten frohlocken. Ludendorff hat Ursache, sich zu schämen, weil gerade er freigesprochen wurde. Und die Offiziere aus der Infanterieschule, die als Zeugen mit schwarzweißer Kolarde statt des Reichsadlers vor Gericht erschienen, haben damit offen bekundet, daß sie auf eine Republik, deren Schwäche durch die eigene Regierung bekundet wird, ebenso — herabschauen, wie die Ludendorffs, Hitler, Pöhner und ihr ehrenhaftes Gefolge!

Die Urteilsbegründung.

In der Begründung des Urteils heißt es:
Im September 1923 war aus den Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und „Oberland“ und der „Reichsflagge“ der Deutsche Kampfbund gebildet worden. Die „Reichsflagge“ trat bald aus dem Bund wieder aus, worauf sich die „Reichs-Kriegsflagge“, bestehend aus den nationalsozialistischen Mitgliedern der „Reichsflagge“, konstituierte und Kampfbund-Mitglied wurde.

Zweck und Ziel des Kampfbundes

ergibt sich aus einer Kundgebung auf dem Deutschen Tag in Nürnberg vom 2. September 1923. Sie sind der Niederschlag einer Weltanschauung, die in schroffem Gegensatz steht zum Marxismus. Programm ist die Vernichtung der Weimarer Verfassung und des durch sie verkörperten parlamentarischen Systems, und Befestigung aller Folgen der Revolution von 1918, insbesondere der auf ihr ruhenden und in ihrem Geiste tätigen Regierung. Insbesondere ist in dieser Nürnberger Kundgebung ausgeführt, daß die Freiheit erkämpft werden müsse durch die nationale Selbsthilfe des Volkes, daß aber der in Weimar errichtete deutsche Staat nicht Träger dieser deutschen Freiheitsbewegung sein könne. Für die Sturmabteilungen der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ ist

dieses Ziel noch näher bezeichnet

worden in dem Nachrichtenblatt Nr. 2 vom 26. Oktober 1923. Danach hat Hitler am 23. Oktober die politische Lage dahin aufgefaßt, daß der Kampfbund im Gegensatz zu der englischen, rein auf bayerische Abwehr eingestellten Politik der Kräfte hinter der bayerischen Diktatur nur den Weg gehen könne: Aufrufen der deutschen Frage in letzter Stunde von Bayern aus. Aufruf einer deutschen Freiheitsarmee unter einer deutschen Regierung in München, Durchführung des Kampfes in ganz Deutschland bis zur Hinführung der schwarzweißen Hakenkreuzfahne auf dem Reichstagsgebäude in Berlin zum Zeichen der Befreiung Groß-Deutschlands. Leiter des Kampfbundes waren die Angeklagten Hitler und Kriebel. Ersterer war zugleich Vorstand der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Neben ihm fungierte der Mitangeklagte Brückner. Führer von „Oberland“ war der Mitangeklagte Dr. Weber, Führer der „Reichs-Kriegsflagge“ der Mitangeklagte Röhm. Die Mitangeklagten Ludendorff, Pöhner und Fric standen, ohne Mitglieder einer der im Kampfbund vereinigten Verbände zu sein, dem Bunde nahe.

Am 26. September 23 wurde nach Aufgabe des passiven Aufruhers vom bayerischen Gesamtministerium auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung, nach § 64 der Bayer. Verfassungsurkunde der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Rahr, zum Generalsstaatskommissar bestellt und ihm die vollziehende Gewalt übertragen.

Als seine Aufgabe betrachtete Rahr ebenfalls den Kampf gegen den Marxismus und die Schaffung eines überparteilichen in seinen Zielen nach rechts gerichteten und von dem Druck und den wechselvollen Einflüssen des Parlaments befreiten Direktorsiums. Während sich sofort die übrigen vaterländischen Verbände hinter Rahr stellten, verhielt sich der „Kampfbund“ zunächst abwartend. Auch in der Folgezeit wurde trotz einer ganzen Reihe von Besprechungen, die in enger Fühlung mit Rahr, meist von den Zeugen von Löffow und v. Seißer als den Vertretern der staatlichen Rechtsmittel nämlich der Reichswehr und Landespolizei, mit den Vertretern des Kampfbundes geführt wurden, jedenfalls

kein respektvolles Einvernehmen erzielt.

Es behaupten aber die Angeklagten, auf Grund dieser Besprechungen und gewisser Maßnahmen des Generalsstaatskommissars, sowie Löffows und Seißers, und der über die Besprechungen unter sich gepflogenen Unterredungen, an denen (außer Ludendorff, Wagner und Pernet) auch die Mitangeklagten, die an jenen Besprechungen nicht teilgenommen hatten, unterrichtet wurden, der Überzeugung gewesen zu sein, daß im Grunde Einverständnis mit Rahr, Löffow und Seißer bestehe, daß diese aber von sich aus nicht die Entschloffenheit aufbrächten, das gemeinsam Gewollte in die Tat umzusetzen. Dieses gemeinsame Gewollte war nach der Behauptung der Angeklagten Hitler, Dr. Weber, Kriebel und Pöhner, kurz gesagt, die Lösung der deutschen Frage, entsprechend dem schon erwähnten Kampfbund-Programm, also in der Weise, daß in Bayern eine großdeutsch eingestellte, von den Freisen des Parlamentarismus befreite

nationale Reichsdiktatur ausgerufen

und mit brachialer Gewalt nach Berlin, dem Sitz des reichsverderbenden internationalen Marxismus, vorgebracht werde. Das Instrument hierzu sollte die Nationalarmee sein, als deren Grundstock die gesamte Reichswehr sowie die Landespolizei

angegeben wurde, von denen man überzeugt war, daß sie sich auf die Seite des Kampfbundes stellen würden.

Es braucht im einzelnen auf den Inhalt der Unterredungen, die in der Hauptverhandlung ja ausführlich erörtert worden sind, nicht eingegangen zu werden. Jedoch ist hervorzuheben, daß Rahe, Lössow und Seiber es entschieden bestreitten, zu irgendeiner Zeit Äußerungen getan zu haben, die die Angeklagten zu der Meinung hätten veranlassen können, daß sie ihrerseits an die Möglichkeit einer solchen in Bayern ausgeübten Behauptung glaubten. Diesem Rahe, Lössow und Seiber stets mit Entschiedenheit betont, daß das von ihnen für notwendig gehaltene nationale Direktorium in Berlin jetzt begründet werden müsse, und zwar unter Veranlichung tragfähiger Namen aus dem Norden des Reiches.

Auch die schon erwähnten Maßnahmen hätten die Angeklagten unmöglich im Sinne von Vorbereitungen eines Marsches nach Berlin deuten können.

Als Mittel zur Durchführung des Direktoriums habe ihnen — nämlich Rahe, Lössow und Seiber — nicht eine militärische Aktion vorgeschrieben, sondern lediglich der in den wirtschaftlichen Nachrichten — nämlich Industrie und Landwirtschaft — und den staatlichen Wirtschaftsmitteln — nämlich Reichswehr und Landespolizei — verkörperte Wille zur Schaffung geordneter Zustände an Stelle der Parlamentarität. Das von ihnen ins Auge gefaßte Ziel sei also nicht die Befestigung der verfassungsmäßigen obersten Reichsorgane, sondern im Gegenteil die Schaffung des Direktoriums durch diese Organe. Natürlich sei dieses Direktorium, wie alle auf Artikel 48 der Reichsverfassung gestützte Maßnahmen an vorübergehende Einrichtung gedacht gewesen, das nach Erfüllung seiner Aufgabe — Herstellung geordneter Verhältnisse — wieder der ordentlichen Reichsgewalt Platz machen sollte.

Inbesondere mußte auch Substanzrat Bauer, von dem die Angeklagten sagen, daß er in feindlicher Stellung mit Rahe stehe, als Zeuge die Möglichkeit einräumen, daß seine öffentlich gehaltenen Reden missverständlich im Sinne einer

Propaganda für den Marsch nach Berlin aufgefaßt werden könnten. Aus der schon erwähnten Uebersetzung heraus, daß Rahe, Lössow und Seiber trotz des vorhandenen Willens das latente Wollen niemals ausbringen wollten, hat Hiltner am 6. November mit einigen Personen, zu denen keiner der Angeklagten gehörte, den Reichsklub besucht, den drei Herren Gelegenheit zum Absprache zu geben und die nationale Revolution in Gang zu bringen. Mitbestimmend war hierbei für ihn, nach seiner Behauptung, die seit dem 4. November 1923 in ihm aufgekommene Befürchtung, daß nimmere nach der Reise Seibers die drei Herren eine andere Zielrichtung haben könnten, und daß es, wie Lössow bei einer früheren Unterredung einmal angedeutet haben sollte, nur

entweder zu einer Separation Bayerns, oder aber zu einem Direktorium Rinow-Gagl-Seider mit einem jüdischen Finanzminister, der den wahnwichtigen Gedanken einer Umwandlung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft beuge, erteilt werde. Gefordert wurde dieser Einfluß weiter durch eine neuerliche Besprechung, die im Generalkonsulatsrestaurant am 6. November 1923 stattfand, über die Hiltner von seinen Freunden unterrichtet worden war, wobei er den Eindruck gewann, daß nimmere die Einführung des gemeinschaftlichen Planes zum mindesten eine Verzögerung erfahren würde. Um die in der Separation wie in der Aufrichtung eines Direktoriums Rinow-Gagl-Seider liegende

geradezu katastrophale Gefahr zu verhindern, soll Hiltner geglaubt haben, dafür sorgen zu müssen, daß der unbedingte Plan des militärischen Marsches nach Berlin zur Durchführung komme.

Erregung in München.
München, 1. April. (W.Z.) Vor den Abperrungs-Vorläufen kam es nach der Urteilsoeffnung im Hiltner-Prozess zu größeren Zusammenkünften, wobei Polizei einschreiten mußte. Die Stimmung ist sehr erregt. Die Zusammenkünfte dauern an.

Ludendorff schämt sich . . .

München, 1. April. (W.Z.) Nach der Verlesung der Urteilsbegründung erhob sich Ludendorff und gab die Erklärung ab, er schäme sich über die Freisprechung wegen des Ehrenkleides und seiner Ehrenzeichen. Bei der Abfahrt Ludendorffs vom Gerichtsgebäude kam es zu lebhaften Kundgebungen einer großen Menge, die den General mit Heulrufen und Blumensträußen begrüßte.

Zu der Erklärung Ludendorffs wird noch gemeldet:
Rahe hatte Ludendorff diese Worte gesprochen, die beachtliche Zuhörer in den fürmlichen Ruf „Heil Ludendorff“ aus. Im Saal entstand durch diese Demonstration und die Erklärung Ludendorffs zunächst große Unruhe und Bewegung. Der Vorsitzende, der von der Erklärung Ludendorffs augenscheinlich völlig überrascht war, schloß sich erst nach einiger Zeit und sprach dann erst in die scharfen Worte aus: „Ich weise Eggellens Ludendorff ganz entschieden zur Ordnung. Ich lege in seiner Bemerkung eine große Ungehörigkeit. Ebenso ungehörig ist das Verhalten des Publikums. Wenn ich die einzigen Rufe feststellen könnte, würde ich sie in Ordnungsstrafen nehmen.“ Der Vorsitzende richtete dann an die im Saale anwesenden Polizeibeamten das Ersuchen, einzelne Rufe festzustellen, was aber augenscheinlich nicht gelang. Damit war die Verhandlung beendet. Auf Anordnung des Gerichts mußten die Angeklagten im Saal bleiben, bis die Zuhörer und sonstigen Projektteilnehmer sich entfernt hatten.

Gruppenaufnahmen und schwarzweißrote Schleifen.

München, 1. April. (W.Z.) Die Pappenheimstraße war bereits um 1/2 Uhr schwarz von Menschen. Man sieht viel Angehörige der Hiltner-Sturmtruppe, die an ihren besonderen Abzeichen erkennbar sind. Das Gerichtsgebäude hat an allen vier Straßenfronten wesentliche Veränderungen erhalten. Schutzpolizei und Reichswehr sind auf dem Kasernehof bereitgestellt, sogar starke Abteilungen Bersartillerie waren zu sehen. Auch die Wamstrasse, die auf das Gericht mündet, war von Schaulustigen erfüllt. Die Angeklagten erschienen hin und wieder an den Fenstern und wurden durch Zuruf ihrer Freunde lebhaft begrüßt. Alle Angeklagten haben heute Uniform angelegt, soweit sie ehemalige Offiziere sind. Dr. Weber trug die Uniform des Freikorps Oberland. In den Zimmern der Angeklagten häufen sich die Blumensträuße mit schwarzweißroten Schleifen, und die Angeklagten haben zur Erinnerung an den heutigen Tag noch eine Gruppenaufnahme auf dem Hof der Kriegsschule machen lassen. Der Andrang im Gerichtsgebäude ist ungeheuer stark. Man hat einen Teil der Sitze für die Zuhörer ausräumen lassen, um mehr Platz für diejenigen zu schaffen, die dem Urteil beizuwohnen wünschen. Die Polizei sperrte bis um 1/10 Uhr überhaupt den Zugang zum Gebäude; auch die Werkstätte ihre angrenzenden Zimmer nicht betreten.

Nachdem im Verhandlungssaal ein starkes Polizeiaufgebot postiert war, wurden die Saaltüren geöffnet. Der Andrang des Publikums war heute ungewöhnlich stark, da unverständlicherweise gerade für den Tag der Urteilsoeffnung

20 Pressplätze aufgehoben und dafür entsprechend mehr Zuhörerorten abgegeben waren. Infolgedessen ergab sich das unerfreuliche Bild, daß viele Pressevertreter nicht gedrängt die Urteilsoeffnung lebend anhängen mußten, während das Publikum, größtenteils Angehörige

der Angeklagten, darunter viele Frauen, genügend Plätze zur Verfügung hatten. Es kam dabei zwischen Pressevertretern und Publikum zu unliebhaften Szenen, da sich das Publikum noch über das Mißgeschick der Presse lustig machte und mit anzüglichen Bemerkungen nicht sorgte. Einige Damen hatten Blumensträuße in den Händen, anscheinend in der Absicht, sie später den Angeklagten zu überreichen, doch mußten die Sträuße auf Veranlassung der Polizei aus dem Saal entfernt werden. Unter den Zuhörern wie unter den Zeugen befanden sich viele Offiziere, die

in ihrer alten Friedensuniform mit Helm, Orden und Ehrenzeichen erschienen waren. Punkt 10 Uhr betreten die Angeklagten den Saal. An ihrer Spitze Ludendorff in voller Uniform, neben ihm Hiltner in Zivil. Beide wurden vom Publikum mit Erheben von den Sitzen begrüßt und sowohl Hiltner wie Ludendorff verneigten sich mehrmals dankend zu den Zuhörern. Auch die übrigen Angeklagten erschienen in Uniform mit Ausnahme des Oberamtmanns Dr. Heid. Hauptmann Röhm kam als Generalstabschef, Dr. Weber trug die Oberlanduniform mit umgeschultertem Degen und mit der dunkelblauen Oberlandkappe. Lediglich der Angeklagte Böhner, der sich im Sanatorium befindet, war zur Urteilsverlesung nicht erschienen.

Unmittelbar nach den Angeklagten betreten die beiden Vertreter der Anklage den Saal, und um 10,5 Uhr erschien der Gerichtshof, worauf der Vorsitzende das Urteil verlesende. Bei der Verlesung der Festsetzungen gegen Hiltner machte sich im Publikum eine starke Bewegung geltend, man hörte maßlose Bemerkungen wie „Unrecht“, „Schand“, doch kam es zu keinen besonderen Zwischenfällen. In der Umgebung der Kriegsstraße war es vor dem Drahterbau eine dicht gedrängte Menschenmenge auf den Ausfall des Urteils. Als bekannt wurde, daß Hiltner zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, brach die Menge in laute Berrückungen und Drohungen aus, während die Freisprechung Ludendorffs schillernde Freude ausstieß.

Gewinn / Verlust.

Ober: Agrarische Ertragsrechnungen.

Gnoffo Heiling (Danabrück) schreibt uns:
In einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ wird über die Rentabilitätsberechnung in der Landwirtschaft von vor dem Kriege und heute folgendes gesagt:

An regulären Verhältnissen gemessen und bei Unterstellung allergünstigster Momente weisen genau geführte Tabellen im Ergebnisse folgende Rentabilitätsberechnung je Morgen auf:

Reinertrag vor dem Kriege	100.— M.
Reinertrag vor dem Kriege	18.— „
Aufwand vor dem Kriege	85.— M.
Reinertrag 1923/24	72.— M.
Aufwand 1923/24	93,50
Mithin Betriebserlöß 1923/24	21,50
Steuern 1923/24	20.—
Verlust	Zusammen: 41,50 M.

Nach dieser Aufstellung der „Deutschen Tageszeitung“, welche von jeder den Ruf großer Sachverständigkeit in Sachen der Landwirtschaft für sich in Anspruch nimmt, müßten alle Landwirtschaftsbetriebe bei der Bewirtschaftung von einem Morgen in diesem Jahre 41,50 M. zulegen. Ganz anders lautet jedoch Freiherr v. Bedebur-Crollage, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Weiskalen. Dieser hat von seinem Gut Ehrenshorf (Kreis Wittlage) Ländereien an Kleinbauern und landwirtschaftliche Arbeiter verpachtet und verlangt jetzt von seinen Pächtern durchschnittlich 150 Proz. der Friedenspacht.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Weiskalen, der selbstverständlich auch für sich das Recht in Anspruch nimmt, als Sachverständiger in landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu gehen, kann der von ihm verpachtete Boden noch 50 Proz. mehr an Pacht oder Ertrag bringen wie vor dem Kriege. „Deutsche Tageszeitung“ und Freiherr v. Bedebur mögen jetzt unter sich ausmachen, wer der berufliche Sachverständige ist. Für das deutsche Volk ist es von Bedeutung, zu erfahren, daß Agrarier auf der einen Seite betonen, sie arbeiten nur mit Intelligenz, wenn es sich darum handelt, eine Begründung für ihre Eisenerdrückungsbergerer zu finden, auf der anderen Seite aber schonungslos von Bauern, die von ihrer Hände Arbeit leben, Pachtpreise verlangen, welche bei weitem die jetzige Rentabilität des Bodens übersteigen.

Diese Handlungsweise ist durchaus nicht mit Artikel 133 der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, in welchem es heißt:

„Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert.“

Ich frage: Wo ist die Regierung, wo ist der Reichstag, welche einem derartigen Skandal in der deutschen Republik einmal ein Ende machen? Warum kommt keine Grundsteuer, welche alle deutschen Kleinbauernverbände verlangen und die Groß- und Kleinbetriebe gleichmäßig nach Flächeninhalt belastet? Unter der jetzigen Steuergelegenheit zahlt an vielen Stellen der Kleinbetrieb pro Hektar das 4- oder gar 5fache des Großbetriebes an Steuern. Hier in Nordwestdeutschland wurden von denselben Grundeigentümern, welche behaupten, von den selbstbetriebligten Ländereien die jetzigen hohen Steuern nicht tragen zu können, für verpachtete Grundstücke Pachtpreise von 50 bis 60 M. pro Morgen für bessere Böden verlangt.

Wir Kleinbauern verlangen einseitige Bemerkung des Bodens bei Pacht, Steuern, Bekehrung und Entzignung.

Sozialdemokratisch oder völkisch?

Eine Rede Crispians.

Über das Thema „Sozialdemokratie oder völkisch?“ sprach gestern abend Gen. Crispian in einer überfüllten Versammlung in den Charlottenburger Hofhollenzellen. Er schilderte die politische Arbeit der Sozialdemokratie in der Zeit seit der Revolution, die bei aller Verantwortlichkeit für die neu übernommenen staatspolitischen Aufgaben doch immer einzig und allein Sachwalterin des arbeitenden Volkes geblieben sei. Daß nicht alle Blüthenköpfe sozialistischer Hoffnungen reifen, was hängt durch den anhaltenden und hinterhältigen Widerstand der deutschen Kapitalisten, die lieber die Ruhr besetzen lassen und durch eine künstliche Inflation ihre eigenen Volksgenossen zugrunde rücken, als durch ein rechtzeitiges und durchaus tragbares Opfer der Republik die Möglichkeit zum Wiederaufbau zu geben.

Die heimtückische Verheugung und geistlose Demagogie der Böitischen schuf jene Atmosphäre brutaler Raub und widerwärtiger Heuchelei, in der all die politischen Reichsorgane an demokratischen Postikern gesehen, und die jetzt in geschickter Spekulation auf die politische Unreife und soziale Verantwortlosigkeit des deutschen Spießbürgers, alle nationalitätlichen Instanzen zu neuem Norden im Innern und wahnwitzigen Außerlandern nach Außen entfesseln wollen.

Das angeblich neue Programm der Böitischen ist ein Quodlibet von höchenden Phrasen, antisemitischen Pöbelereien und einigen „sozialen“ Belanglosigkeiten, die man als Konzeption des Arbeitern machen muß. Trotzdem ist bei der struppigen Demagogie auf der einen Seite und der Verbitterung bei den durch die Infaktion neu präzisierten Massen des früheren Mittelstandes, auf einer, wenn auch nur vorübergehenden, Wahlerfolg zu rechnen. Aber die Geschichte läßt sich nicht zwingen mit Summknäuel und Hasenkreuz, nur das Notwendiggewordene und historischgewachsene steht sich durch. Der sozialistische Gedanke, durch seinen Rückschlag gebrochen, nach jeder Niederlage stärker aufzulesen, wird die Welt erneuern.

Stürmischer Beifall der auch oft Gen. Crispians Rede unterbrach, gab deutliche Kunde von dem festen Kampfeswillen und der unerschütterlichen Siegeszuversicht der Versammlung.

Wenn dann in der Diskussion ein Kommunist, namens Müller, der allerdings als Turkestaner festgenommen wurde, nichts anderes vorzubringen mußte, als recht abzuern und noch dazu ungeschickte Verleumdungen der englischen Labourpartij und im übrigen seine politische Weisheit in einer geistlosen Kritik an der Sozialdemokratie erschöpfte, so konnte Gen. Crispian dem gegenüber über mit Recht die unerhörte hinterhältige Politik der kommunistischen Clique sprechen, die zu einer Verrohung der politischen Sitten abneigen gelehrt und durch ihre Spaltungsarbeit die gesamte deutsche Arbeiterbewegung aufs schwerste geschnitten hat.

Die Böitischen beteiligten sich, trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, nicht an der Aussprache. Es wäre ihnen wohl auch schwer gefallen, den sachlichen Ausführungen des Referenten etwas gleichwertiges entgegenzusetzen.

Mit einem dankbaren Hoch auf die Partei schloß die glänzend verlaufene Versammlung.

Eisenbahnen und Reparationen.

Eine Erklärung Macdonalds.

London, 31. März. (W.Z.) Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob Macdonald irgendeine Information betreffend die Uebertragung der staatlichen Eisenbahnen in Deutschland an ein unabhängiges Handelsunternehmen erhalten habe, antwortete der Premierminister, er habe erfahren, daß die deutsche Regierung am 12. Februar eine Verordnung erlassen habe, durch welche ein unabhängiges Handelsunternehmen zur Verwaltung und Reparatur der Eisenbahnen gebildet wird, die indessen Eigentum des deutschen Staates bleiben. Auf die Frage, ob Macdonald, wenn er von dem deutschen Staate spreche, den britischen oder den bapertischen Staat oder das Reich meine, entgegnete dieser, er meine das Deutsche Reich. Auf eine weitere Anfrage, ob es nicht ratsam sei, daß diese Eisenbahnen vermütlich zur Regelung der Reparationen herangezogen werden sollten, die man von der deutschen Regierung erlangen würde, und ob es nicht unecht sei, daß sie einem Privatunternehmen überantwortet würden, erklärte Macdonald, die erwähnte Regelung berühre dies nicht im geringsten.

Ein Erfolg Poincarés.

Annahme des Budgets.

Paris, 1. April. (W.Z.) Der Senat hat in der gestrigen Nachsitzung die drei Budgetwürstel für den Wiederaufbau ohne irgendwelche Änderungen nach dem Text der Kammer mit 265 gegen 5 Stimmen angenommen, aber bei dem Beschluß über die Zustimmung für 1923, das u. a. den Bau von zwei Kreuzern, 6 Torpedobooten und zwei U-Booten vorsteht, eine Abänderung getroffen, über die man sich jedoch im Laufe der Nacht geeinigt hat, so daß schließlich nach 2 Uhr morgens auch über dieses Gesetz eine Entscheidung dadurch zustande gekommen ist, daß man nach dem Wunsch des Senats eine Ausgabe von 12 Millionen Franken für die Opfer der letzten Ueberflutungen von dem Beschluß abtrennte.

Amerikas Reichtum.

Einere Statistik des amerikanischen Handelsministeriums zufolge beträgt der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten Ende 1923 320 803 862 000 Dollar, was eine Erhöhung um 72,2 Prozent gegenüber 1912 bedeutet. In diesen Zahlen spiegelt sich die Verschärfung des wirtschaftlichen Schwergewichts nach der neuen Welt wieder, die infolge des Weltkrieges eingetreten ist. Während Europa mehr und mehr verelendet, hat sich in Amerika der Reichtum fast verdoppelt. Auch eine Folge des „Stachbodes“, das uns der Krieg gebracht hat.

Obstruktion in der Skupschina.

Belgrad, 31. März. (W.Z.) Nachdem die Regierung die Forderung der Opposition nach Anerkennung der restlichen 40 Punkte der kroatischen Abgeordneten vor Beendigung der Budgetdebatte endgültig abgelehnt hatte, ging die Opposition, wie allgemein erwartet wurde, im Parlament zur technischen Obstruktion über. Die Regierung beschloß, die Sonnabend abend um 7 Uhr niederzukommene Sitzung der Skupschina bis zur Beendigung der Budgetdebatte andauern zu lassen. Demnach sprachend während die Sitzung ununterbrochen die ganze Nacht und den ganzen Sonntag und dauert jetzt (Montag mittag) noch immer an.

Die monarchistische Gefahr.

Konstantinopel, 30. März. (W.Z.) Die Postul der russischen Emigranten wird in einem Artikel der „Naschija“ in scharf polemischer Form besprochen. Nach der in diesem Artikel zum Ausdruck gebrachten Meinung ist die monarchistische Gruppe der russischen Emigranten die einflussreichste und auch ziffermäßig die stärkste; zu ihr sind nach Ansicht des Autors viele ehemals kaiserliche monarchisch gesinnte Russen übergegangen, wodurch der Erscheinung ermächt werde, daß diese Gruppe eine gewisse Macht darstelle. Sie habe auch den Streik um die Kronpräsidenten beigesteuert und den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch als den Kandidaten auf den Zarenthron amertant. Hierher dieser ganzen Bewegung habe eine großkapitalistische Geldgruppe, hauptsächlich französische, deren Unterstützung die Monarchisten so weit gefördert habe, daß die Sowjetregierung mit neuen verzweifeltsten Abenteuern rechnen müsse.

Verhaftung eines deutschen Wirtschaftsvertreters in Petersburg. In Petersburg ist, wie der Berichtstatter des Ost-Express meldet, der deutsche Reichsangehörige Zimmerer nach mehrstündiger nächtlicher Hausdurchsuchung in seiner Wohnung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Herr Zimmerer, dem wirtschaftliche Solonage sorglos vorsetzt wird, ist ebrenamtlicher Vertreter der Frankfurter und der Rielers Werke, sowie verschiedener großer deutscher Wirtschaftsbetriebe. Er ist in der deutschen Presse vielfach für Wiederaufbau der Beziehungen der deutschen Wirtschaft zu Rußland eingetreten.

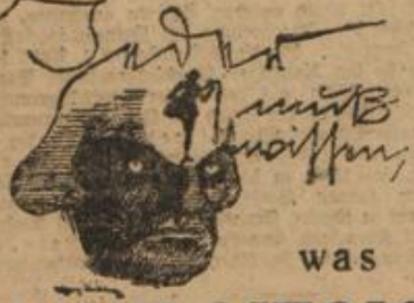
Ein Waggon

TEPPICHE zu billigen Preisen

Gewaltige Auswahl hochwertiger Qualitäten in allen Größen bis zu 6x8 Meter
 Jute-, Bouclé-Teppiche ca. 160. 280 21⁰⁰ Axminster-Teppiche ca. 200. 200 70⁰⁰ Velour-Teppiche ca. 200. 200 97⁴⁰
 doppelseitig ca. 200. 300 29⁰⁰ Blumen- u. Persermuster, ca. 250. 280 145⁰⁰ haltbare Qualität

Zahlungserleichterung durch Anzahlung!
Teppich-Haus Karl Schuldt, Neukölln, Berliner Str. 82 Ecke Weichselstraße, neuweit Hermannplatz
 Telefon Neukölln 2689

Gardinen Kassetten-Gardinen von 4.50 an
 Halbstores 4.50
Möbelstoffe Möbelrips, 130 breit 2.50
 Gobelin, 130 breit 10.00
Läuferstoffe Jute, 67 breit 1.68 an
 COCOS, 67 breit 2.90
Diwandecken in allen Qualitäten lagernd von 17.00
 Wellmoquettes 42.00
Tischdecken in Kachelsteinen, Gobelin und Plüsch-Kachelsteinen 4.75
Schlafdecken Reisedecken, Tigermuster 18.00
 Schlafdecken, reine Wolle 19.90
Linoleum in allen Qualitäten und Breiten, Läufer, 67 cm breit 2.50



was
MUSIK-SCHOLZ
 seit 1899 25 Jahre 1924 leistet
 Musikalien / Instrumente / Salten
 Grammophone / Platten / Pianos
 Radio-Empfangsapparate und Bestandteile
 Alexander 4180
 Hauptgeschäft: Frankfurter Allee 337 Ecke Tüdter Str.
 I. Zweiggeschäft: Große Frankfurter Straße Rose-Theater
 II. Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 267 am Blag-bahnhof

Achtung beim Einkauf!

Sehen! * Staunen! Kaufen!

Der Gipfel der Billigkeit!

Herrn-Anzüge haltbare Stoffe . . . 25, 26, 27, 28	16 ⁰⁰	Frühjahrs-Ülster Homespun, Tailcoat u. Schlichter . . . 25, 26, 27, 28	22 ⁰⁰
Herrn-Anzüge wollene Stoffe . . . 29, 30, 31, 32	35 ⁰⁰	Sport-Anzüge Homespun und Kammgarn, mit Breeches-Hosen . . . 29, 30, 31, 32	23 ⁰⁰
Maß-Anzüge beste Verarbeitung 188, 129, 170,	85 ⁰⁰	Manchester-Anzüge Körper-Valvet . . . 33, 34, 35, 36	30 ⁰⁰
Gummimäntel aus Batist, Körper, Coverwood usw. 37, 38, 39, 40	14 ⁰⁰	Breeches Buckskin, Loden, Manchester, Cord, Gabardine . . . 21, 17, 14, 4, 3	37 ⁵

Kaufverleicherung durch Anzahlung. Angesehene Waren werden kostenlos bis Ostern aufbewahrt.

Berufs-Kleidung enorm billig!
Knaben-Anzüge fabelhaft billig!

Hugo Simon

SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG
133 CHARLOTTENBURG 133
 Wilmersdorfer Str.

Achtung beim Einkauf!

Ruhebetten 20⁰⁰
Knabengarnit. 170⁰⁰
Chaiselong. 12⁰⁰
 Neu u. alt
 Lanzengrabenstr. 2

Gardinen vertikal Mitte, Bismarckstr. 66 A. I. Etage. Rein Rohen. Reinfurtenlos bis Breite in Gardinen, Glases, Bettb., Tisch- u. Plüschbed., Bettzeug, Ref. ohne Anzahlung. Anzahlung gelistet

Von 4.50 M. an
 liefern wir Arbeitstiefel, Straßentiefel v. 6 M. an, Reittiefel, Schmittiefel, Sportstiefel, solide Herrenstiefel, Leder stets sehr preiswert. Auf Wunsch Vertreterbesuch oder Preisliste. Auch Einzelpaar-Abgabe. Schuhgroßhandlungsgesellschaft Leder-Phönix, Schönweider Str. 5, a. Ringhbf. Neukölln

Hosen
 Unerbört billig!
 Breeches v. 2.50 Engl. Leder 4.50
 Arbeitshose 2.50 Militärhose 3.50
 Anzughose 2.50 Strickhose v. 2.50
 Anzüge v. 24.- (Knabenanzug v. 17.50)
 Sport-Anzüge / Regenmäntel
München-Gladbach, Rosenzentrale
 Neukölln, Berliner Str. 18/19
 Ecke Reuterstraße
 Berlin, Köstriner Platz 10
 1 Min. vom Schles. Pannhof

Strickwesten
Bleyles Kinderkleidung
 ständig großes Fabriklager in Strick- und Wirkwaren aller Art zum Einzelverkauf
Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage Thüring. Wolllwaren
 Bln.-Pankow, jetzt Mühlentstr. 1 (Ecke Breite Straße)

Schokoladen
 in großer Auswahl
 Billige Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer.
Paul Grindel,
 Dircksenstr. 47, am Bahnh. Bln.

Auf Teilzahlung!

Komplette Zimmer

Einzelmöbel zu sehr billigen Preisen!
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82 I. am Untergrundb. Nordring.

Das Beste — das Billigste!
 Herrenanzüge 48.- 38.- 32.- 19.-
 Knabenanzüge 19.- 16.- 12.- 9.-
 Hosen . . 18.- 15.- 12.- 9.- 3.-
 Alle Waren sportbillig! — Riesenauswahl
 Fahrvergütung.
 Vormittags jeder Kunde ein Geschenk.
G. Prager, Brunnenstraße 81, 3 Min. v. Bln. Gesundbr.

Rheumatismus
Gicht, Ischias, Nerven- und Erkältungsschmerzen sub. inf. mittelschwere bis schwere Fälle durch **Electricum** erprobt
 ein kräftig durchgreifender Wirkstoff der schnell schmerzstillende Einwirkung. Man nehme nur „Electricum“. In Drogen- und Apotheken erhältlich, wo nicht durch **Otto Reichel, Berlin 41, S.O., Theaterstr. 4.**

Kinderland 1924
 Ein Buch für unsere Jungen und Mädchen
 Mit reichem Bilderband versehen. Anekdoten, Erzählungen — auch belehrenden Inhalts, jedes Heftchen enthält ein Bild. Zu einem immer wieder gern in die Hand genommenen Geschenk.
 Preis 1.- Mark
 Zu haben bei allen Zeitungsverlegern und in der **Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3**

Wäschepracht
 Die gute reine Kernseife 66% Fettgehalt.
 Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
 Berlin NO 55, Colmarer Straße 4-9.

Selten günstige Kauf-Gelegenheit

Zum Beginn der Frühjahrs-Saison

Selten günstige Kauf-Gelegenheit

empfehlen wir unsere aufs reichhaltigste ausgestatteten Abteilungen:

Damenkonfektion

Cheviot-Kleider reine Wolle (sehr Verarbeit. mit reicher Fransenverzierung)	9 ⁷⁵
Gabardine-Kleid. eleg. mod. Façon	24 ⁵⁰
Cheviot-Kostüme reine Wolle, sehr Modisch	29 ⁷⁵
Kostüme Duangal, feuchte Verarbeitung	23 ⁵⁰
Flanel-Hemdbluse • Neu u. geschl. zu tragen	2 ⁹⁵
Voll-Voile-Bluse Klamm u. Filz-Motiv	3 ⁹⁵
Voll-Voile-Bluse u. Strick u. Filz u. Kern. 5.75	7 ⁹⁰

Kinder-Konfektion
 in großer reichhaltiger Auswahl von Einfauchen bis zum Feinsten.

Wäsche

Damenhemd aus guter Wäsche, Stoff u. Longette 2.45, 2.70	1 ⁷⁵
Prinzeß-Rock aus prima Linnen mit Kr. Stickerei	5 ⁹⁵
Herrn-Taghemd in best. guter Qualität	3 ⁹⁵
Damen-Nachthemd schön garniert	4 ⁶⁵
Herrn-Nachthemd best. bes. pr. Wäsche	5 ⁹⁵
Achselhemd in gullig-guter Ausführung	2 ⁴⁵

Strümpfe

Baumwolle mit ver. Strümpfen	58
Damenstrümpfe Lhalmod. Farb. 1.25, 0.88	65
Seidenflor u. Nahl, Doppelseitig und Hochfür	1 ²⁵
Herrn-Socken gefärbt	55

Kleiderstoffe

Baumw. Musseline in schön. Mod. 30 cm br. in allen Farben	95
Woll-Musseline für Herren u. Kleider	2 ⁴⁵
Frotté in neuester Ausführung, Doppelstr.	1 ⁹⁵
Eolienne Wolle u. Seide, 57. Farbmotiv, 200 cm breit	6 ⁰⁰
Gabardine reine Wolle, 180 cm breit, in moderner Farbe	6 ⁹⁰

Covertcoat für Männer 140 cm breit 5⁵⁰

Leinen- u. Baumwollwaren

Köch.-Handtöcher. Gerstenkörner-Qualität, gestickt u. gebüch. 55, 55	65
Stuben-Handtücher Jacquard-Muster, gestickt und gebüchert	1 ⁴⁵
Deckbett-Bezüge aus Wäsche	6 ²⁵
Bettlaken 140/200, erw. Durvaus-Qualität	5 ⁹⁵
Inlette federichte Ware, 120 cm br. 4.80, 4.75	3 ⁹⁵
80 cm br. 2.50, 2.25	1 ⁹⁵

Prima Gänsefedern Pfund 7.25, 6.00, 5⁷⁵

Herrn-Artikel

Weißer Oberhemden aus prima Wäsche mit Filze-Streife	6 ⁹⁵
Farb. Oberhemden mit 7 Krage, spars. Stoffen	7 ⁵⁰
Sportkragen weiß	38
Steh-Umlegekrag. prima 4-fach	78
Serviteurs mit Kettenteilen, weiß und bunt	1 ⁴⁵
Herrn-Garnituren farbige, Mako	5 ⁷⁵
Seidene Binder mod. Streif. 3.75, 2.95, 2.45	1 ⁹⁵
Strickbinder prima Qualität	48
Schürzen Wiener Form, aus gestreift. Stoff, 6.25, 2.95	2 ⁶⁵
Kinderschürzen weiß, sehr schön garniert	2 ⁹⁵

Damenkonfektion

Donegal-Mäntel sport. Mod. 24.50, 18.50	12 ⁷⁵
Eleg. Tuch-Mäntel mod. Façon, reine Wolle	29 ⁵⁰
Covertcoat - Mäntel zweite Binf. 18.75, 16.75	9 ⁷⁵
Cheviot-Röcke reinwollene, plüschert 7.90	5 ⁹⁰
Röcke in höchst moderner zäuscheren Stoffen	5 ⁹⁰
Seiden-Jumper mod. Farb., glatt u. bedickt 9.75	8 ⁹⁰
Sportwesten f. Damen reine Wolle, in schönsten Farben	12 ⁵⁰

Denkbar günstigste Kaufgelegenheit für Schneiderinnen in Kurz- u. Weißwaren

Plumeaus, Ueberschlag-Laken und Paradekissen
 mit Hochmum u. reichst. Stick.-Garn. in großer Auswahl

Teppiche • Möbelstoffe • Gardinen

Velour-Teppich 2-Qu. 1.75, 1.50, 1.25	98 ⁵⁰	Steppdecke mit Woll-Strick, doppelseitig, hochfür	20 ⁰⁰	Schleib.-Gardinen Meister	68
Bouclé-Tepp. 3x2	75 ⁰⁰	Steppdecke mit Woll-Strick, doppelseitig, hochfür	29 ⁵⁰	Künstler-Garnitur 4-fach	67 ⁵
Jute-Haargarn Teppich 2x2	28 ⁵⁰	Schlafdecke aus Woll-Strick, doppelseitig, hochfür	17 ⁵⁰	Madras-Garn. 8-fach, 12.50	8 ⁷⁵
Bettvorleg. 6.75	2 ⁹⁵	Tischdecke 18.50, 12.50	8 ⁵⁰	Bettdecke 2-fach, 16.50, 12.50	9 ⁷⁵
Wachstuch-Decke 60x100	1 ²⁵	Brücke 20x180	19 ⁵⁰	Halbstores Zisselbe u. englisch Teil	5 ²⁵

Riesenauswahl feinsten Wäsche und Wäschestoffe aller Art
 Reste und Abschnitte enorm billig!

Zweckschafsbewegung

Es geht wieder aufwärts!

Die deutsche Arbeiterchaft befindet sich in einem allgemeinen Kampf um die Erhöhung der Löhne und die Sicherung des Achtstundentages. Harte Kämpfe sind schon geführt worden, und noch stärkere Kämpfe stehen uns bevor. Im Laugewerbe, im Buchdruckgewerbe, in der Holzindustrie haben sich die Kämpfe verschärft. Nicht minder zu spät ist die Lage in der Metallindustrie. Der tariflose Stand hat in Berlin, wie vorausgesehen war, bereits zu schweren Einzelkämpfen geführt.

Wir sehen überall die Unternehmer den härtesten Widerstand gegen eine den Lebensverhältnissen entsprechende Entlohnung entgegenzusetzen und gleichzeitig den Versuch machen, den Achtstundentag auf direktem oder indirektem Wege zu beseitigen. Sie setzen aber auch die Gewerkschaften mit verstärkter Energie zum Gegenangriff übergehen. Wenn die Absicht der Unternehmer, sie Ende vorigen Jahres, als die Löhne etwa 50 Proz. über dem Vorkriegsstand war, offen ausgesprochen, die Löhne der Facharbeiter auf 30 Pf. herabzudrücken und die Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich zu verlängern, nicht verwirklicht werden konnte, so ist das dem energiegelassen Widerstand der Gewerkschaften zuzuschreiben. Heute ist der durchschnittliche Stundenlohn eines Berliner Facharbeiters wohl noch erheblich unter dem Niveau der Vorkriegszeit, aber immerhin etwa doppelt so hoch, als ihn die Unternehmer zu bemessen beabsichtigten. Nur im Buchdruckgewerbe und in der Metallindustrie sind die Löhne noch unter dem allgemeinen Niveau zurückgefallen. Und wenn die Gewerkschaften in der Arbeitszeit vorübergehend einige Konzessionen zu machen gezwungen waren, so haben sie doch überall die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages durchzusetzen vermocht.

Das war in der nun glücklichlicherweise hinter uns liegenden Zeit der finanziellen Erschöpfung der Gewerkschaften als Folge der Inflation. Heute liegen die Verhältnisse bereits wesentlich anders. Heute sind die Gewerkschaften, die ungleich stärker sind als vor dem Kriege, auch finanziell wieder in der Lage, große Kämpfe führen zu können. Mit dem Zurückdrücken der furchtbaren Wirtschaftskrise steigt automatisch auch wieder die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften. Es geht wieder aufwärts.

Ausgerechnet diesen Zeitpunkt haben die Diktatoren von Moskau sich ausgesucht, um die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu zerlegen. Man kann ihnen getrost voraussetzen, daß sie auf Granit scheitern. Was den Unternehmern trotz des Zusammenbruchs der Kartell, trotz des schmählichen Verrats, den sie an der Ruhrarbeiterchaft begangen haben, trotz der Finanzierung der völkischen Bewegung, trotz der physischen Erschöpfung und der Demoralisierung der Arbeiterschaft, trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht gelungen ist, das wird den Sinowjew und Scholem mit ihren blutrünstigen Thesen und Rechtspropagandamenten ganz gewiß nicht gelingen. Die deutsche Arbeiterbewegung wird über die kommunistische Verirrung hinwegschreiten und mit verstärkter Kraft und Einheit den Kampf gegen das Kapital bis zum siegreichen Ende durchführen.

Kommunistischer Aprilscherz.

Der Zwölfer-Ausschuß der oppositionellen Ortsausschüsse des DGBB beruft einen Kongreß der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte ein. Zielmotive: „Der Zwölfer-Ausschuß beauftragt die Devisen-Kommission, einen Aufruf an die Arbeiterschaft herauszugeben und den Kongreß der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte möglichst nach im Mai einzuberufen. Zur Vorbereitung des Kongresses wird eine Kommission aus fünf Genossen eingesetzt, die sofort alle notwendigen politischen und organisatorischen Vorbereitungen zu treffen hat.“

Verlorene Illusionen.

Von Hans Wesemann

Berlin ist keine romantische Stadt, wir haben keine ästhetische Sinne wie Wien, wir haben auch keine Pariser Eleganz und selbst zu einem richtiggehenden Bürgerbrau, der Gelegenheiten zur Entfaltung deutschen Volks- und Seelenlebens bietet, haben wir es nicht gebracht. Aber eine Attraktion hatte unsere liebe Stadt, die wir immer wieder erfolgreich öfters neugierigen und auftrumpfenden Besuchern präsentieren konnten: den Bouillotteller.

Hier geblieben nach Revolutionen, hier war noch echte Menschlichkeit in Knäpftuch und Lederhose, und jeden Besuchers ließ der gemütlich thronende Bier herzich und demokratisch unbesangen willkommen — nur der Spindel wurde in die Wüste der bürgerlichen Wohlstandigkeit zurückgejagt.

Heutige hat auch Goethe nicht verfehlt, bei seinem berühmten einzigen Besuche in Berlin den Bouillotteller anzufassen, wie anders erklären sonst unsere Philosophen seine Kennzeichnung der Berliner als „vernünftige Menschen“!

Aber die alte Herlichkeit schwindet auch hier dahin. — Da stand gewiss in der Rotenpost ein Infanterat „Großes Frühlingfest in der Muldorferstraße.“ Bei mir alles runter in's Keller.

Und in Erinnerung an festliche unergiebliche Stunden ging ich zum Keller. Was mußte ich erleben! Ob, der alte Kompostspanner, trat mir als Portier verkleidet entgegen und überreichte zum Gruß eine — Strauchkappe, und der kupfergeschichtete Bier hatte sich in einen Phantasietrank eingewandelt. Der ganze Keller war festlich mit Papiertüchern und Pompons überleuchtet. Und an den guten alten Holztischen, die waren noch echt, so wohlbehütet und konservativ als die Berliner W. und ließ sich was vorführen.

Gewiss, man trank den Bier noch aus der Flasche, und der Keller hielt die Kaffeekasse fest, bis man bezahlt hatte, aber er tat was bloß so, und selbst als plötzlich ein ausländischer Knack Isingring mit Oberkeim für die Damen und Respektgübel der Kavaliere, da war das mondäne Publikum zwar angenehm erregt, aber die Kitzler selber waren nicht richtig bei der Sache, es war alles befallene Arbeit.

Die richtigen neben Leute fehlten. Gott, was gab es früher da für keine Lebensbegeisterung unter den Tischbeinern und Jubilieren, und in welcher schöner Gedächtnis wurden goldene Regeln für das günstige Gewerbe der Einbrecher und Fassadenkletterer kostenlos verleiht.

Einmal war ein richtiggehender Lustmörder da — ich habe seinen sympathischen Menschen kennengelernt. Er hatte zu Hause eine Tafel mit Namen und war Mitglied eines Radolinienclubs. „Ich weiß kein mag — wirklich in München!“

Eineleutend wird gewissermaßen zur Begründung dieses Beschlusses in der „Roten Fahne“ heute früh berichtet, der Zwölfer-Ausschuß der „oppositionellen“ Ortsausschüsse des DGBB in Berlin habe über die Lage in der Zweckschafsbewegung beraten.

„insbesondere über die Spaltungsbestrebungen des DGBB und den Abwehrkampf, den die revolutionäre Zweckschafsbewegung gegen die Aktion des DGBB zu führen hat.“

Dieser Scherz wird noch unterstrichen durch folgende Sätze: „Die Einberufung des Kongresses stand schon seit einiger Zeit bevor. Zu dem jetzigen Zeitpunkt (dessen Ausführung also bereits seit einiger Zeit bevorstand. R. d. A.) haben in erster Linie die Zweckschafsbewegungen Antrag, die durch ihre jetzt ganz offenen Spaltungsabsichten eine ungeheure Erschütterung in den breitesten Massen hervorgerufen haben, so daß eine Sammlung der Kräfte der Zweckschafsbewegung eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Trotzdem steht der Zwölfer-Ausschuß (d. h. einer der kommunistischen Fremdsörper in den freien Zweckschafsbewegungen. R. d. A.) auf dem Standpunkt, daß alles getan werden muß, um die Spaltung zu verhindern.“

Trag der Ungunst der Verhältnisse, trag der jahrelangen kommunistischen Wühlereien und Quertreibereien in den Zweckschafsbewegungen haben wir uns noch ein wenig für Humor bewahrt. Allein dieser Aprilscherz der „Roten Fahne“ scheint uns dem doch nicht angebracht. Dafür ist uns die Sache, um die es geht, viel zu ernst. Ein russisches Sprichwort, das die „Rote Fahne“ vor zwei Jahren in ihrer Nr. 143 wiedergab, sagt: „Lüge, aber mit Maß.“ Der „Zwölfer-Ausschuß“ samt all den übrigen kommunistischen Instanzen sollten dieses Sprichwort mehr heutzutage. Der Deutsche kann viel vertragen, aber wohl doch nicht soviel wie die Russen. Unsere freien Zweckschafsbewegungen werden noch so vielen anderen auch diesen kommunistischen Kongreß noch ertragen. Doch solche Scherze wie diesen Spaltungsscherz müssen sie sich schon verbitten. Das ist ein schlechter Scherz.

Unsoziales von den Stadtgütern G. m. b. H.

Ran schreibt uns:

Die frühere Güterverwaltung der städtischen Güter sowie die von der Stadtgemeinde Berlin ins Leben gerufene Berliner Stadtgüter G. m. b. H. bemühen sich seit längerer Zeit, an Rigorosität und Rücksichtslosigkeit in der Behandlung ihrer Arbeitnehmer, ganz besonders der von ihnen gewählten Betriebsräte, mit den bestmöglichen Scherzmöglichkeiten der privaten Arbeitgeber Schritt zu halten. Aus einem recht umfangreichen Material seien hier nur ein paar Fälle herausgegriffen:

Nachdem man den Vorsitzenden des Betriebsrats der Güterverwaltung Großbeeren im Herbst v. J. durch fristlose Entlassung beseitigt hatte, versuchte man nun mit allen Mitteln, den jetzigen Vorsitzenden des Betriebsrats aus dem Betriebe zu entfernen. Ihn wurde das Arbeitsverhältnis gekündigt, ohne daß man um Zustimmung der Betriebsvertretung nachsuchte. Das Arbeitsgericht hat entschieden, daß das Vertragsverhältnis mit der Stadtgüter G. m. b. H. noch fortbesteht und den Antrag der Stadtgüter G. m. b. H. die nachträgliche Zustimmung zur Kündigung zu erteilen, durch Urteil abgewiesen.

Trotz dieser endgültigen Entscheidung hat die Direktion der Stadtgüter G. m. b. H. von der Betriebsvertretung nachträglich die Zustimmung zur Kündigung des Vorsitzenden des Betriebsrats verlangt und, da diese verweigert wurde, erneut Klage beim Arbeitsgericht erhoben mit dem Erfolg, daß ganz merkwürdigerweise 3 Tage nach Absendung des Schriftsatzes der Stadtgüter G. m. b. H. Termis festgestellt worden ist. Ob das Arbeitsgericht dem Begehren der Stadtgüter G. m. b. H. stattgeben wird, wird sich in den nächsten Tagen ergeben.

In einem anderen Falle hat die frühere Güterverwaltung der Stadtgüter G. m. b. H. den Vorsitzenden des Betriebsrats der Güterverwaltung Spindlerdorf das Vertragsverhältnis gekündigt ohne die Zustimmung der Betriebsvertretung herbeizuführen, und zwar bei der Ueberführung des städtischen Gutes an den damaligen Ad-

ministrators, den jetzigen Führer Schade in Spindlerdorf. Die Berliner Stadtgüter G. m. b. H. hatte die Kündigung, da sie rechtsunwirksam war, zurückgenommen, hat aber eine Weiterbeschäftigung des Betriebsratsvorsitzenden abgelehnt. Auch in diesem Falle wurde Beschäftigungstage erhoben.

Die Rechtsnachfolgerin der städtischen Güterverwaltung, die jetzige Stadtgüter G. m. b. H., hat diesen Feststellungsprozeß bis zum Reichsgericht getrieben. Nebenher hat sie gegen den Betroffenen mehrere Klagen erhoben, u. a. wegen Herausgabe eines Fahrzeugs, für welches von dem Arbeiter der zirka fünfhundert Betrag des Anschaffungswertes für Reparaturen gezahlt ist, und auf Räumung der Wohnung. Außerdem geht man im Wege der Erfassung von einstweiligen Verfügungen usw. gegen den früheren Betriebsratsvorsitzenden vor. Der Betreffende ist verheiratet und Vater von zwei schulpflichtigen Kindern. Seit Juli 1922 ist er erwerbslos und auf freiwillige Unterstellungen seiner früheren Arbeitskollegen und seiner Organisation angewiesen. Wiederholte Verhandlungen der zuständigen Organisation haben es nicht vermocht, unter Schlichtung des fast unbeschreiblichen Elends, in dem sich diese Familie befindet, die Direktion der Stadtgüter G. m. b. H. zu bewegen, von dem nicht endenden Prozeßwege abzugehen, um dem feinerzeit Genahmten die Möglichkeit der Schaffung irgendwelcher Eristenzug zu geben. Abermühtig in der Privatindustrie des Kreises Lettau Arbeit zu bekommen, ist dank der Propaganda, die gegen den damaligen Betriebsratsvorsitzenden von Spindlerdorf getrieben wurde, völlig unmöglich. Auch der Antrag auf Erteilung eines Handwerkslehrlingsbescheides für Wandergewerbe wurde abgewiesen.

Was hat dieser völlig ruinierte Mann getan? Er hat bei einem Streik, der von den städtischen Güterarbeitern im Januar 1922 wegen Erzwangung eines Lohn- und Rententariffs geführt worden ist, Mißstände auf den städtischen Gütern, die kurz vor der Verhaftung standen, in die Öffentlichkeit gebracht. Dieses Vergehen war darum besonders straflich, da die bisherigen städtischen Beamten Privatpächter dieser Güter werden sollten und jetzt bewiesen haben, daß sie auf denselben Gütern, auf denen sie als städtische Beamte nur mit Defizit wirtschaften konnten, ganz erhebliche Ueberschüsse erzielen.

Sind dem Magistrat der Stadt Berlin solche Behauptungen der städtischen Arbeitnehmer und der von diesem gewählten Betriebsratsmitglieder bekannt? Ist er gewillt, Arbeiter, die mehr als zehn Jahre bei der Stadt Berlin gearbeitet haben, so behandeln zu lassen?

Die unnehmbare Eisenbahnbureaukratie. Achtstundentag in der Eisenbahnwerkstatt.

Baut Verfügung der Eisenbahndirektion sollte am Montag, den 11. Februar, der neunzehnte Arbeitstag in Kraft treten. In der Voraussetzung, daß diese Verfügung beiden Arbeitern auf Widerstand stoßen würde, hatte die Direktion die Betriebsleitungen angewiesen, gegen Arbeiter, die am Montag nach Ablauf der achtstündigen Arbeitszeit die Werkstatt verlassen, nichts zu unternehmen, und erst diejenigen Arbeiter, die am Dienstag vor Ablauf der neunten Stunde den Betrieb verlassen, zu entlassen.

Die Betriebsleitung der Werkstatt Berlin II (Warschauer Straße) war aber päpstlicher als der Papst. Sie hatte schon am Montag „Klar zum Geleit“ gemacht, indem sie anordnete, daß die Werkräume bis zum Ablauf der neunzehnten Arbeitszeit verschlossen gehalten werden, und daß an jeder Eingangstür zum Werkraum ein Wächter darüber zu wachen habe, daß die Tür nicht etwa erbrochen werde. So sollten also die Arbeiter, wollten sie nicht ungenötigt und in Arbeitskleidung nach Hause gehen, bis zu dem von der Direktion angewiesenen Feierabendstunde in der Werkstatt festgehalten werden.

Ein Teil der Arbeiter hörte aber am Montag, wie bisher, nach Ablauf von acht Stunden auf. Da sie den Werkraum verlassen konnten, riefen sie den in der Werkstatt beschäftigten Obmann des Deutschen Eisenbahnerverbandes an, damit er an zukünftiger Stelle die Öffnung des Raumes verlange. Der Obmann wandte sich an den Obergeringenieur, legte vor er sei und was er wollte. Der Obergeringenieur zeigte sich ganz unzugänglich; es kam zu einem auf beiden Seiten mit Erregung geführten Wortwechsel, in dessen Verlauf der Obergeringenieur zu dem Arbeiter sagte, ob er Obmann, Gewerkschaftsvertreter oder sonst was sei, er solle machen, daß er fortkomme. Darauf soll dann der Obmann

Ich fragte die biedere Rieme, die dort seit nunmehr 50 Jahren mit Streichhölzern handelt und immer noch rüftig ihrem horizontalen Gewerbe nachgeht, nach all den entschwindenden Freunden.

Sie lächelte schmerzlich: „Wo soll's je noch sein? Arbeiten — aber richtiggehend — in dem so'n biefen Handels. Hier is et ja reeneewech nich mehr zum Aushalten. — Ree, et is nich mehr schmerz — wat for ne Lumpichte Gesellschaft sich jetzt hier runderdrückt.“

Ich hätte dieser lebensphilosophischen Antwort nichts hinzuzufügen und verließ leise meined die Stätte meiner zerstörten Jugendträume.

Draußen nahm die gerade neue Gäste in Empfang, die pelzbewaffnet einem Auto entflohen, und komplimentierte sie die Treppe runter. — Potans Jörn soll diese geborstene Säule treffen.

Und ausgerechnet gegen dies verfluchte Sobom und Gomorra, das schon Angst an innerer Langeweile ausgebrochen ist, wollte Hitter zu Felde ziehen. — Ich fürchte sehr, er wäre auch hier wieder zu spät gekommen.

Amundsens neuer Polartag. Der Mitarbeiter Knud Amundsens bei der Vorbereitung seines neuen Vorstößen, zum Pole zu fliegen, Kapitän Naaton Hammer, hat in englischen Blättern eingehende Mitteilungen über dies neue Unternehmen gemacht. „Wir haben zwei Flugmaschinen, von denen jede 40000 Dollar kostet“, sagte er. „Sie haben einen Aktionsradius von 1300 engl. Meilen und eine garantierte Geschwindigkeit von 150 Kilometer in der Stunde, aber ich glaube, daß sie beträchtlich schneller fliegen werden.“ Hammer hat sein ganzes Leben der Erforschung der Arktis gewidmet. Er verfügt über eine große Erfahrung in den Luftströmungen der Arktis. „Den in Spitzbergen erworbenen Erfahrungen und der Hilfe der Flotte der Vereinigten Staaten ist es zu danken“, erklärte er, „daß wir die neue Expedition in diesem Jahr mit der Hoffnung auf gutes Gelingen antreten können. Unsere Ziele sind rein wissenschaftlicher Natur. Es gibt ein riesiges Gebiet, von dem wir noch nichts wissen. Dieses Gebiet hat eine Ausdehnung von 1 Million englischer Quadratmeilen, und es ist unmöglich, bisher zu sagen, was davon festes Land und was Meer ist. Es ist ein Land, das bereits Generationen beschärft hat, weil man bisher nicht instande war, es mit Hilfe von Schiffen oder Hubschraubern zu erreichen. Was ist in Geheimnis gefüllt.“

Für den Erfolg ist Hammer sehr optimistisch. „Ich denke, daß die Amundsen-Expedition ihr Ziel erreichen wird“, sagte er, „aber es ist noch viel Arbeit bis dahin zu tun.“ Im Mai werden wir mit unseren Operationen an unserer Basis in Spitzbergen beginnen. Die Gesellschaft besteht aus 25 Mann. Natürlich werden nicht alle an dem Flug über das Polargebiet teilnehmen, sondern nur 5 in jeder Maschine. Die Entfernung von Spitzbergen nach Alaska beträgt etwa 2000 englische Meilen, und da die Flugzeuge nur einen Aktionsradius von 300 englischen Meilen haben, so ist es klar, daß wir keinen Flug ohne Zwischenhalt unternehmen können. Es müssen daher Depots mit Brennstoff angelegt werden. Juni und Juli werden Versuchsfloßungen gewidmet sein, während der entscheidende Flug Ende Juli oder im August gemacht werden soll.“ Die Zeitungen für den

entscheidenden Flug wird auf 24—25 Stunden geschätzt. Die Flugzeuge werden auf dem Eis oder im Wasser landen.

Achtung Funkstunde! Vom 10. April dieses Jahres an greifen wir, für unsere Leser eine Radiostunde einzuführen. Wir sind in der Lage, bereits heute eine Probe zu bieten. Die Radiostunde soll von 6—7 Uhr stattfinden.

Eingeleitet wird sie durch einige revolutionäre Chöre, vorgelesen vom Gesangsverein der Höheren Staats- und Reichsbeamten. Dann trägt der Fiedlerkollege Otto Graf einen von ihm verfassten Vokalchor auf die Republik vor. In 15 Minuten sprechen dann der Reichspräsident, ein Vertreter der Arbeiterschaft und ein Vertreter der Arbeiterpartei über die politische Lage. Zum Schluß singt der Berliner Dognep die Arbeitermarxhymne und spielt eine Reichsmusikkapelle den Sozialistenmarch.

Die Radiostunde kann jeder Vormärtsler in seiner Wohnung genießen, wenn er folgendes beachtet:

1. Die elektrischen Klingel muß für die Dauer der Darbietungen abgestellt werden. Etwas vorhandene Funksprecher sind mit wackelnden Gegenständen zu befüllen.

2. Es darf kein elektrisches Licht brennen. Auch ein Feuer ist zu vermeiden.

3. Der obere Fensterschloß ist ein wenig zu öffnen, daß ein dünner Draht hindurch kann. Dieser Draht muß mindestens 10 Zentimeter ins Freie stehen. An dem im Zimmer hängenden Ende ist ein Mikrofon anzubringen, das mit dem unter 4. beschriebenen Apparat verbunden ist.

4. An zwei Stellen, die mindestens 30 Zentimeter voneinander entfernt sind, an einem quer durchs Zimmer gehenden Faden die heutige Vormärtsnummer anzuhängen. Sie ist natürlich mit radioaktiver Druckerfarbe auf radioaktives Papier gedruckt.

5. Man lege sich auf einen Stuhl, dessen Beine auf Zeitungspapier ruhen, falls mit dem rechten Fußfinger das rechte Ohr zu, und lege in das linke Ohr einen Trichter.

6. Erstes wider Erwarten die Darbietungen nicht häufig genug aber gar nicht zu hören sein, so lese man das unter Nr. 5. seiner Aufschrift dem Reichspostministerium in Berlin, Abt. I, Stellung für Radiostunden, mit.

Verkaufen aus seitlichen Wagen. Die seitlichen Wagen sind ein junger Ingenieur im neuen Verfahren zur Gewinnung von Scheiteln aus Torfstein erfunden. Es kann man sich bei dem Verleger, die aus der letzten Ausgabe des Heftes von W. G. B. B. 24. 1923 nach der neuen Methode möglich ist, aus dem Jahre 1923 1000 Stück dieses seitlichen Wagen zu gewinnen, und dieses Verzeichnis soll ebenfalls an alle dem aus den besten Dänischen Fernschreibern übergeben sein.

Spezialkoffer verborgen. Ein sehr hochwertiges Koffermodell (Schmidtblatt) Koffer und der durch besondere Vorrichtungen hergestellten Verkäufers wird bereit die sich schließende Kofferung ein Werk vor, das die Ausführung aller schließenden Details erfüllen wird.

In der deutschen Reichsregierung ist seit Ende März 1924 im Reichsministerium des Innern, Reichsamt für die Reichsverwaltung, Hauptabteilung 47/68, Prof. Dr. Schuler, Wohnung 123: Amt für Reichsamt für die Reichsverwaltung, Hauptabteilung 47/68, Prof. Dr. Schuler, Wohnung 123.

Wann wird wieder gebaut?

Nach und nach schämt sich die Lage der einzelnen Berufe zusehender. In verschiedenen Branchen gibt es schon Arbeitsaufträge, und man neigt leicht zu der Annahme, daß jetzt eine günstigere Konjunktur wieder nahe ist. Aber immer noch sind die Erwerbszweige, die wenig zu tun haben oder gar völlig brock daneben liegen, in der Mehrzahl. Das Heer der arbeitslosen gelernten und ungelernten Arbeiter, die tagtäglich den hoffnungslosen Weg zu den Arbeitsnachweisen antreten, ist immer noch groß.

Kein Geld.

Die Bauarbeiter sind im Deutschen Bauarbeiterverband organisiert, der im übrigen alle Maurer, Hilfsarbeiter, Stuckateure, Gipser, Fliesenleger, Isolierer und deren Berufsgruppen in sich vereint. Das Baugewerbe ist von der Jahreszeit abhängig. Es gibt hier nur Arbeit, wenn die Wolkendecke nicht voller Schnee hängen. Bei den Maurern sieht es mit der Beschäftigung sehr trübe aus. Zu Anfang des Jahres 1923 setzte eine schwache Bautätigkeit ein. Die einsetzende Konjunktur um die Mitte des Juni ging leider rasch vorüber, im September war die Bautätigkeit fast trostlos zurückgegangen. Als die zuständigen Stellen am Schluß des Jahres 1923 davon gingen, die Lage zu untersuchen, stellte man fest, daß das Baugewerbe vor einem fast vollständigen Zusammenbruch stand. Folgende Zahlen sprechen für sich: Die Maurer waren bei Beginn des Jahres 1923 zu 10,19 Prozent arbeitslos. Am Schluß des Jahres 1923 war der Prozentfuß auf 47,79 Prozent zusammengeschwollen. Im vierten Quartal waren viele größere Bauten lahmgelegt. So entstanden die furchterlichsten Zahlen am Jahresfuß. Nicht weniger als 76,24 Prozent der organisierten Maurer waren ohne Beschäftigung. Festgestellt muß jedoch hierbei werden, daß Beschäftigungsmöglichkeiten in Halle und Jülich vorhanden waren und noch sind. Nur die Gestalt verhindert alle notwendigen Bauten. Wenn man ernstlich daran ginge, die wirklich notwendigen Maßnahmen zu haben, so könnte man die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter erheblich vermindern und die Wohnungsnot ebenfalls. Im September 1921 suchten 128184 Personen Wohnräume, und bei Beginn des Jahres 1924 war diese schon so stillstehende Zahl auf 223197 Personen angeschwollen. Die Frage, ob überhaupt Aussicht auf Besserung der Beschäftigungsmöglichkeit im Baugewerbe besteht, ist schwer zu beantworten. Was will es schon heißen, wenn für die Zeit vom 1. bis 21. Januar d. J. 253 Bauvorhaben gemeldet worden sind, und zwar 163 Industrie- und 88 Wohnbauten. Die Sparmaßnahmen aller Reichsbehörden haben viel zur Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die Notstandsarbeiten.

Ein besonders viel umstrittenes Kapitel bildet bei den Bauarbeitern das der Notstandsarbeiten. Bau den Anordnungen des Reichsarbeitsministers vom 17. November 1923 ist jeder Erwerbslose, soweit er für Notstandsarbeiten in Frage kommt, verpflichtet für seine Erwerbslosenunterstützung wöchentlich 24 Stunden zu arbeiten. Für Notstandsarbeiten kommen nun in erster Linie die Bauarbeiter in Betracht. In den erwähnten Anordnungen des Reichsarbeitsministers steht u. a. zu lesen: „Arbeiter der Notstandsarbeiten wöchentlich mehr als 24 Stunden, so erhöht sich die wöchentliche Hauptunterstützung (d. h. die Erwerbslosenunterstützung) für je weitere acht Stunden um einen weiteren Zuschlag von 80 vom Hundert.“ Dann werden noch einige stichartige Unterhaltungsarbeiten genannt, die aber nicht im geringsten dazu beitragen, daß die wirtschaftliche Lage des Notstandsarbeiters zu erleichtern. Weiter hat die Bauergewerkschaft Berlin in Erfahrung gebracht, daß im Reichsarbeitsministerium eine Verordnung in Vorbereitung sein soll, die alle Bestimmungen und Verfügungen über Erwerbslosenunterstützung einschließlich der vom 15. Oktober über Aufbringung der Mittel und der vom 17. November über stichtische Notstandsarbeiten vereinheitlicht. Danach sollen alle mit Staatszuschlag begünstigten und bei Eintritt der Geldknappheit lahmgelegten Wohnungsbauten auf Grund der Arbeitspflicht fertiggestellt werden. Die zuständigen Verbandsinstanzen beschäftigen sich schon seit langem

Gefahren der elektrischen Leitungen.

Vor kurzem wurde ein schwerer Unglücksfall gemeldet, der sich bei Notarbeiten an Masten der elektrischen Überlandleitung ereignet hatte und der ein Todesopfer forderte. Das Polizeipräsidium gibt deshalb folgende sehr beachtenswerte Hinweise, die zur Vermeidung ähnlicher Unglücksfälle dienen können:

Nicht nur die Berührung der durch rote Bänder und durch Warnungsschilder der Masten gekennzeichneten Leitung ist lebensgefährlich, sondern auch nicht gekennzeichnete Leitungen können unter Umständen, die der Pole nicht beurteilen kann, Gefahren bringen. Bei allen Arbeiten in der Nähe der elektrischen Leitungen, z. B. beim Fällen von Bäumen, beim Aufstellen von Gerüsten für Bauten und Brunnendohrungen, beim Anrichten von Leitern zum Obstpflücken sowie zum Feuerlöschens u. dgl. ist die Berührung der Leitungen, der Isolatoren sowie der an Holzmasten angebrachten Elemente und Antennendrühte zu vermeiden. Müssen Arbeiten in solcher Nähe von elektrischen Leitungen vorgenommen werden, darf eine Berührung vorkommen, so ist die nächste Betriebsstelle der Überlandzentrale vor Beginn der Arbeiten davon zu verständigen. Bei Bränden ist die nächste Betriebsstelle sofort zu benachrichtigen; Hochspannungsleitungen dürfen nicht angegriffen werden. Transformatorhäuschen dürfen durch Unbefugte nicht betreten, wenn an sie nicht angelegt werden. In der Nähe elektrischer Leitungen Drachen steigen lassen, ist gefährlich, ebenso das Erhitzen von Leitungsmasten. Gerichten, von den Masten herabhängende oder am Erdboden liegende Leitungen zu berühren, ist gefährlich. Vorübergehende sind in solchen Fällen zu warnen. Die nächste Betriebsstelle der Überlandzentrale (des Elektrizitätswerkes) ist auf schnellstem Wege, wenn möglich telefonisch oder telegraphisch zu benachrichtigen. Einen Benutzungslasten, der noch mit der Leitung verbunden ist anzufassen, ist lebensgefährlich; nur durch langwieriges Eingreifen kann ihm geholfen werden. Bei der Hilfeleistung ist zu beachten: Die Leitung ist stromlos zu machen oder der Verunglückte von ihr zu trennen. Er darf dabei nicht an nackten Körperstellen angefaßt werden. Der Helfer muß seine Hände mit einem trockenen Tuch umwickeln, z. B. in die Kerne der ausgezogenen Jacken stecken, und sich, wenn möglich, ein trockenes Brett unterlegen. Bei Bewußtlosen ist so schnell als möglich künstliche Atmung anzunehmen, und bis zu vier Stunden fortzuführen, wenn nicht inzwischen der Arzt aus näheren Angelegenheiten den Tod festgestellt hat.

Ein gefährlicher Ehrentschleifer.

Dem Kinderfreund spielt ein Ehrentschleifer, der von Zeit zu Zeit in den verschiedenen Stadtteilen auftritt. Kleinen Mädchen weist er nicht schulpflichtigen, die ihm im Auftrag der Eltern Scheren oder Messer zum Schneiden bringen, wagt er durch seine Gemeinheit so zutraulich, daß sie ihn in dunkle Klüften oder sogar in Keller folgen, während er auf kurze Zeit seinen Ehrentschleifer ziehen läßt. Er vergißt sich jedesmal an den Kleinen und verabschiedet dankt auf einige Zeit (kurios, bis er oft erst nach Wochen in einer anderen Gegend wieder auftaucht) und es hier ebenso treibt. Wahrscheinlich ist dieser Mann gar kein richtiger Ehrentschleifer, sondern benützt dieses Gewerbe nur als Mittel zu

seiner unehrlichen Zweck. Mittellungen, die geeignet sind, den gefährlichen Verbreitung endlich abschneiden zu können, nimmt Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeipräsidium, Magazinstr. 33, entgegen.

Alles ruht noch.

Das Baugewerbe liegt am ürgensten dastehend. Anfang des Jahres 1923 betrug die Zahl der arbeitslosen Arbeiter 11,35 Prozent, die Zahl der arbeitslosen Arbeiter auf 27,72 Prozent, und bei Jahresfuß bis auf 85,97 Prozent anzuwachsen. Zur gleichen Zeit sind bei den Hilfsarbeitern 82,88 und bei den Tagelöhnern 71,41 Prozent arbeitslos zu verzeichnen. Diese ungeheuren Zahlen erweisen sich lebendig daraus, daß die Privatbauten fast vollständig still liegen. Ein Beruf im Baugewerbe, der neben dem des Maurers am stärksten den Witterungseinflüssen ausgesetzt ist, ist der Tief- und Oberbau. Hier ist ein völliger Zusammenbruch wahrzunehmen! Wieder der alte Grund: Geldknappheit! Die Nordbahn Lager-Straßenbahn, wo sonst 800 Mann in zwei Schichten arbeiteten, sowie die Bahnhofs-Eisenbahn-Deutscherbahn, wo 600 Mann beschäftigt waren, liegen still. Die städtische und städtische Umgebungsbahn, die rings um Berlin ihren Lauf nehmen soll, ist schon seit Jahren ein Schmerzestief des Leidens. Hier wird kein Eisenbahnwagen gebaut. Immer wieder der alte Entscheidungsgrund: der Staat hat kein Geld und muß seine wenigen verfügbaren Schätze so sparsam als irgend möglich verwalten. Auch die Oberbauarbeiten (Gleisarbeiten, Ausbesserungsarbeiten) liegen brock. Die acht Großfirmen, die von den Behörden beauftragt sind, diese Arbeiten auszuführen, beschäftigen zu normalen Zeiten 1500 Personen, heute dagegen nur noch 45 Mann. Infolge dieser äußerst starken Einschränkungen soll es mit der Sicherheit auf der Stadtbahn schlecht bestellt sein. Können doch die Stadtbahnleitung mit so stark verminderten Arbeitskräften lange nicht mehr so sorgfältig gearbeitet werden. Schnelle und durchgreifende Verbesserungen sind unbedingt erforderlich, wenn Unfälle vermieden werden sollen.

Lohn- und Lehrlingswesen.

Nun zu den Lohnverhältnissen. Die Maurer hatten vor dem Kriege einen Stundenlohn von 84 Pfennigen. Am 1. Januar 1923 erhielten sie pro Stunde 370 Papiermark und am Jahresfuß 70 Goldpfennige. Dieser letzte Stundenlohn sollte aber nicht lange anhalten. Bald gingen die Unternehmer daran, einen „Abbau“ vorzunehmen, der auch gelang. Der Stundenlohn wurde auf 63 Pfennige reduziert. Am 25. März kam dann aber wieder eine Lohnvereinbarung zustande, wonach ab 26. März ein Stundenlohn von 68 Pfennigen gezahlt wird. Die Löhne der übrigen Berufsgruppen haben Abstände bis zu 10 Proz. darunter, und 25 Proz. darüber. Wenn die angegebenen Löhne höher erscheinen als sie in den anderen Berufsgruppen gezahlten Löhne, so muß man sich immer wieder vor Augen halten, daß die Bauarbeiter Saisonarbeiter sind. Nach kurzer Beschäftigung folgen oft Wochen der grauenhaftesten Arbeitslosigkeit. Bei den Tiefbauarbeitern wird im Durchschnitt ein Stundenlohn von 54 Pfennigen gezahlt. Ein fester Tarifvertrag besteht nicht. Die Oberbauarbeiter erhalten dieselben Bezüge. Vor dem Kriege gab es im Baugewerbe etwa 1000 Lehrlinge. Demals bestand noch die Lehrlingspflicht. Heute wird die Zahl der Lehrlinge auf 800 angegeben. Die Unternehmer setzen alles daran, diese Zahl wieder zu vergrößern und begründen dieses Streben damit, daß der Krieg „Bliden“ innerhalb der Bauarbeiterschaft gerufen habe, die ausgefüllt werden müßten. Jugendliche Bliden sind natürlich bei den Bauarbeitern nicht vorhanden. In der Zeit der Hochkonjunktur im August 1923 waren 80 Proz. aller Bauarbeiter arbeitslos. Diese „Reservearmee“ ist so stark, daß ausschließlich jeder Lehrling zu bedauern wäre, der diesen „Leidensgriffel“ weiß er später bei schlechtem Lohn sich nur mühsam durchs Leben schlagen konnte.

Im Jahresfuß (1923) waren durchschnittlich, d. h. alle Berufe erfaßt, 63,90 Proz. Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes, Bauergewerkschaft Berlin, arbeitslos. Dieser Prozentsatz hat sich bis heute nur unmerklich verändert. Die Gewerkschaft verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die Lage auf dem Bauplatz. Sie ist hervorragend an der Wiederbelebung der Bautätigkeit interessiert.

Robert und Bertram, die alte Posse mit Gelang, erlebte im Hofe-Theater eine lustige Aufstellung. Sie erfreute nicht nur uns, erfreut uns und wird auch nach und nach von vielen erfreut. Zumal der letzte Akt es zuzieht, etwas Gegenwärtiges hineinzuwickeln, eine beliebige Zeitlichdammerung übermäßig zu glücken. So sah Paul Rose den Ring aufstellen und Robert und Bertram als Hektorheringerim Gild und Ritz auftreten. Daß dieser Gild lustige Verwicklungen ergab, versteht sich von selbst, zumal die Wendergruppe es auch verstand, überall im Zuschauerzimmer Lärm und ausgelassenes Lachen aufleben zu lassen. Hans und Willi Rose gestellten sich und den Zuschauern als Robert und Bertram, und namenshaft Willi Rose entwickelte so viel Humor, wie man ihm kaum zugetraut hätte. Lucius R. u. m. a., 200 und mit als Schenk-mädchens Kösel, erfreute nicht nur durch ihr Spiel, sondern besonders durch ihre gute Stimme. Trude Polzin schloß die Komödie aus, die ihr die Rolle des Richels hat, aber auch Karl Stephan und Gerda Gaudig müssen erwähnt werden. Das Publikum lachte laut und aufrichtig.

Achtung, Ferienkündler! Die im vorigen Jahre im „Vorwärts“ erschienenen Artikelserie „Was lang ich mit meinen Ferien an?“ hat bei den Genossen und Genossinnen großen Anklang gefunden. Auf die Zuschrift „Verein für Erholungskünder“ sind eine größere Anzahl Schreiben eingegangen, welche den Einkünder außerordentlich, die in der Zuschrift niedergelegten Gedanken in die Tat umzusetzen. Darum werden alle Genossinnen und Genossen, welche Interesse für die aufgeworfene Frage haben, ersucht, am Sonntag, den 6. April vormittags 10 Uhr zu einer Besprechung nach Niederschöneweide, Brüdenstraße 15 (Restaurant Kästel, 3 Minuten von Bahnhof Niederschöneweide) zu erscheinen.

Die Frühjahrsausgabe des Stormschen Kursbuchs ist neben im Verlage der Kursbuch- und Verkehrsverlagsgesellschaft in Leipzig erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben. Die Jahresspinner entsprechen dem Stande vom 15. März.

Der Tod des Gewerkschaftsmannes. Im Treppentower Park, dicht beim Ringbahnhof, erschlug sich der 26jährige arbeitslose Arbeiter Jochims aus der Friedrichsberger Str. 10. In seinen Taschen fand man einen Zettel folgenden Inhalts: „Liebe Frau! Vergesse nicht Schritt, ich kann dieses Leben nicht mehr ertragen. Grabe dich das mein Aushalten und sie möchte den Strich entschuldigen, da ich sie doch nicht unterstützen kann.“

Englische Sprachkurse des Genossen Unklarheit im Bahnhof. Dem am 3. und 4. April für Anfänger abends von 6-8 Uhr für Fortgeschrittene abends von 8-10 Uhr. Anmeldungen beim Genossen Bracke, Waldemarstr. 68 u. 11.

Friedrichshagen. Unsere „Vorwärts“-Ausgabestelle befindet sich vom 30. März an bei dem Genossen Richard Wittgenweil, Lindenallee 14.

wah bei Behandlung des Oberingenieurs zu diesem gelangt haben: „Sparen Sie sich doch hier weg.“ Diese Aussage, für die außer dem Oberingenieur kein Zeuge vorhanden ist, erschien der zuständigen Stelle als eine so schwere Beleidigung eines Angehörigen, daß der Obmann des Deutschen Eisenbahnerverbandes sofort ein Verbot erließ. Er lagte deswegen beim Arbeitsgericht. Nach hundertstündiger Verhandlung und Zeugenvernehmung wurde das Gericht nicht zu der Ansicht gekommen, daß die angebliche Beleidigung nicht so schwer ist, um die fristlose Entlassung zu rechtfertigen, denn der Vorsitzende rief den Parteien, sich auf der Grundfrage zu einigen, daß der Kläger wieder eingestellt wird, aber auf Entschädigung für die Zeit von der Entlassung bis zur Wiedereinstellung verzichtet. Der Kläger war nicht abgeneigt, auf diesen Vergleich einzugehen, er wollte aber die Zulage haben, daß er nicht etwa noch länger Zeit auf Grund der Abbauplanung wieder entlassen werde. Der Kläger ist übrigens der Ansicht, daß seine gewerkschaftliche Tätigkeit bei seiner Entlassung mitbestimmend gewesen ist. Aufsehen erregte diese Annahme nicht unzulässig, denn sonst könnte man die Haltung des Direktors der Eisenbahndirektion nicht recht verstehen, der jeden Vergleich grundsätzlich ablehnte, und erklärte, der Kläger könne nicht wieder eingestellt werden. Als Grund für sein ablehnendes Verhalten gab der Direktionsvertreter an, die Direktion fühle sich verpflichtet, die Autorität der Vorgesetzten gegenüber den Arbeitern zu wahren. — Der Vorsitzende suchte weiter zu vermitteln. Er fragte den Oberingenieur, der übrigens der Abteilung, in der der Kläger beschäftigt war, gar nicht vorliegt, ob er sich denn bestärkt fühlen würde, wenn der Kläger, nachdem er sein Bedauern über keine Zusage ausgesprochen habe, wieder eingestellt würde. Der Oberingenieur beantwortete diese Frage mit einem sehr bestimmten „Ja“.

Offener Konflikt im Eisenbahnbetrieb.

Die Bezirksleitung Magdeburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes schreibt uns:

Seit Monaten haben die Eisenbahner alle Handlungen der Verwaltung erduldet. Mit unerträglicher Strenge ist im Bezirk Magdeburg der Personalabbau vorgenommen. Arbeiter und Beamte sind unter der Faust zusammengedrückt. Jeder Erlass des Reichsarbeitsministeriums ist von der hiesigen Direktion noch strengstem Nachsicht ausgelegt.

Die Arbeitszeit ist willkürlich verlängert auf 9 Stunden, bei der Bahnunterhaltung auf 10 Stunden, nach den neuen Dienstvorschriften bis 16 Stunden.

Tagest sind nun 8 3/4 Stunden.

Büchrisch werden noch besonders verlängerte Pausen diktiert. Gewerkschaften und Betriebsräte, die alle diese Maßnahmen etwas mildern wollten, konnten wegen des herannahenden Jahresendes der Direktion nichts ausrichten. Bei jeder Verhandlung wird von der Reichsbahndirektion erklärt, daß alle Bedürfnisse sich den Anordnungen zu fügen hätten. Eine Verständigung auf dem Verhandlungsweg ist selbst in der geringfügigsten Angelegenheit nicht zu erreichen.

In der Bahnmeisterei II Buchau und in der Bahnmeisterei Burg sind in der vergangenen Woche die Arbeiter fristlos entlassen, weil sie sich weigerten, nach Schluß der neunten Arbeitsstunde die 10. Stunde umsonst zu arbeiten.

Verhandlungen auf Wiedereinstellung und auf Belassung des Konflikttschreitens an der hiesigen Stellung des Reichsbahnpräsidenten, der jede Frage als eine Nachfrage ansieht. Die Gewerkschaften haben den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß aus solchen Konflikttschreitens eine verhältnismäßig kleinen Anzahl von Leuten bei all der Not und dem Elend der unteren Schichten des Personaltschreitens nicht erhebliche Differenzen entstehen könnten und daß dadurch die Sanierung des Eisenbahnbetriebes durchaus nicht gefördert würde. Auf alle diese Vorstellungen teilte der Präsident nur ein gleichgültiges Lächeln zu.

Die Kollegen sind nun, daß am geistigen Tage eine ganze Reihe von Dienststellen in Magdeburg sich mit den gemehrten Kollegen solidarisch erklären haben und neben der Wiedereinstellung der Ausgesparten sofortige Lohnserhöhung verlangen sowie Aufrechterhaltung des grundsätzlichen Achtstündentages und Abgeltung der Mehrstundentage.

Aus dem ganzen Bezirk laufen Nachrichten ein, daß wir einer umfassenden Abwehrbewegung der Eisenbahner zu rechnen ist.

Wir haben die Reichsbahnverwaltung lange genug gewarnt, nun nimmt das Verhältnis seinen Lauf. Wenn nicht im letzten Augenblick die Verwaltung zu Entgegenkommen der Eisenbahner bereit ist und ihren Machtstandpunkt ändert, wird die Sanierung des Eisenbahnbetriebes auf lange Zeit hinausgeschoben werden.

Wir erklären zum Schluß mit aller Deutlichkeit, daß alle diese Verhältnisse sich vermeiden lassen, wenn die Geheimnisse der Reichsbahnverwaltung etwas mehr praktischen Sinn für die Gegenwart hätten.

Bahnabkommen der Tapezierer.

In einer Tapeziererversammlung wurde gestern über das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtet. Die Sperrlöcher werden mit Gültigkeit vom 15. bis 28. März um 5 Pf. generell erhöht. Bis 29. März bis zum 18. April kommen 3 Pf. und vom 19. April bis 2. Mai nochmals 2 Pf. hinzu, so daß der Lohn ab 19. April 75 Pf. beträgt. Die Versammlung nahm das Ergebnis ohne große Diskussion gegen eine starke Widerarbeit an. Ein Vorschlag Müllers, für die im Streit befindlichen Bediensteten wöchentlich zwei Stundenlöhne abzuführen, fand einstimmige Annahme.

Wiederanbahn.

Halle, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand in Halle eine mitteldeutsche Gewerkschaftskonferenz für die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg und den Freistaat Anhalt statt. 65 Ortsausstände des UDSB waren vertreten. In seinem Referat betonte Schulz, daß man nach den Jahren kommunistischer Sprengarbeit wieder mit dem Aufbau beginnen müsse; daher habe man entsprechend den Leipziger Beschlüssen, ein Beiratsrat für die Bezirke Magdeburg, Merseburg und Anhalt gebildet. Zum Schluß dieses neuen Beiratsrat in Genosse Bernward Lotibus gemacht werden, der seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat. Die Opposition unter Führung des Komunisten Grabow wollte sich wenig bemerkbar. Grabow lehnte es bei der Wahl- und Verbandsbuchprüfung ab, sein Verbandsbuch vorzulegen. Er dürfte, da ein Grabow aus dem Baugewerkbund ausgeschlossen wurde, keine guten Gründe dazu gehabt haben. Mit allen gegen 13 Stimmen wurde die Bildung des Beiratsrat ausgesetzt.

Nachtstundenkampf in Polen.

Dresden, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die polnischen Gewerkschaften haben im obersten Verbot zum Generalstreik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit aufgerufen. Die gemäßigten polnische Gewerkschaften haben den Generalstreik abgelehnt. Es scheint getrennt zunächst zu größeren Streiks gekommen zu sein.